

14.12.2021

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/14700
Drucksache 17/15600 (Ergänzung)
Drucksache 17/15769 (Beschlussdrucksache nach der 2. Lesung)

zu der Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 17/15900

3. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

hier:

Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen

**Titel 422 02 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf
Widerruf im Vorbereitungsdienst**

Erhöhung des Baransatzes

HH 2021	Ansatz lt. HH 2020
von 18.730.000 Euro	23.058.800 Euro
um 4.328.800 Euro	
auf 23.058.800 Euro	

Erhöhung der Einstellungsermächtigungen für Justizvollzugsoberssekretäranwärter (Bes.Gr. A 7 EA) von 295 auf 466.

Anhebung der Planstellen

von 939 Bes.Gr. A 7 EA
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst
um 171 Bes.Gr A 7 EA
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst
auf 1110 Bes.Gr. A 7 EA
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Datum des Originals: 14.12.2021/Ausgegeben: 14.12.2021

Begründung:

Aufgrund der planmäßig zu erwartenden Pensionierungen der Beamten des Verwaltungsdienstes ist ein Rückgang der Personalzahlen in naher Zukunft zu erwarten. Statt die Planstellen von 1.386 auf 1.196 im Vorbereitungsdienst abzubauen, sollte der Planstellenansatz des Haushaltes 2021 beibehalten werden.

Markus Wagner
Andreas Keith
Herbert Strotebeck

und Fraktion